

Die Sabs ist Geschichte

GLASHÜTTEN. Sie war höchst umstritten, jetzt ist sie auch in Glashütten vom Tisch – die Straßenausbaubeitragssatzung. Nachdem der Bayerische Landtag mit großer Mehrheit beschlossen habe, dass die Gemeinden keine Beiträge für die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen mehr erheben müssen, könne die vom Gemeinderat am 25. Januar 2017 beschlossene Satzung vollständig und ersatzlos aufgehoben werden, sagte Bürgermeister Werner Kaniewski in der jüngsten Sitzung. Einstimmig beschloss das Gremium eine Aufhebungssatzung, die nach öffentlicher Bekanntmachung in Kraft tritt.

Anfang 2017 hatte der Gemeinderat laut „Nordbayerischem Kurier“ nur „zähneknirschend“ dem Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung (Sabs) zugestimmt. Bürgermeister Kaniewski habe nur mit „geballter Faust und geöffnetem Messer in der Tasche“ mitgemacht, hieß es.

In der Folge unternahmen Bürgermeister und Gemeinde einiges, um eine Änderung der gesetzlichen Regelung herbeizuführen. Ausdruck fand dies auch in der gemeinsam mit den Verantwortlichen der Gemeinde Mistelgau initiierten Solidaritätsaktion mit den knapp 500 von rund 2000 Gemeinden und Städte in Bayern, die noch keine Sabs hatten. Mut machte dabei auch die Initiative der „Allianz gegen Straßenausbaubeitrag in Bayern“, Anführer der in Bayern vernetzten Bürgerinitiativen gegen die Sabs. Beteiligt war die Gemeinde auch an der Aktion „Rote Karte für die Strabs“. Außerdem engagierte sich Kaniewski für das Volksbegehren der Freien Wähler, deren Initiative zum Sinneswandel bei der in München regierenden CSU beitragen haben dürfte.

dj